

Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, vor dem Berliner Abgeordnetenhaus am 13. August 1961

Quelle: Pressedienst des Landes Berlin, Nr. 173 vom 13. August 1961, S. 3-8.

Abgedruckt in: Siegfried Heimann (Bearb.): Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947-1966 (Willy Brandt - Berliner Ausgabe, Band 3, hrsg. von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Bonn 2004, Dokument Nr. 66).

Die vom Ulbricht-Regime auf Aufforderung der Warschauer Paktstaaten verfügten und eingeleiteten Maßnahmen zur Abriegelung der Sowjetzone und des Sowjetsektors von West-Berlin sind ein empörendes Unrecht. Sie bedeuten, daß mitten durch Berlin nicht nur eine Art Staatsgrenze, sondern die Sperrwand eines Konzentrationslagers gezogen wird.

Mit Billigung der Ostblockstaaten verschärft das Ulbricht-Regime die Lage um Berlin und setzt sich erneut über rechtliche Bindungen und Gebote der Menschlichkeit hinweg.

Der Senat von Berlin erhebt vor aller Welt Anklage gegen die widerrechtlichen und unmenschlichen Maßnahmen der Spalter Deutschlands, der Bedrücker Ostberlins und der Bedroher West-Berlins.

Lassen Sie mich zu den Verlautbarungen und den Maßnahmen der Zonenbehörden folgendes feststellen:

1. Durch die grundlegenden Vereinbarungen der Hauptsiegermächte des letzten Weltkrieges vom 12. September 1944, 14. November 1944 und 5. Juni 1945 ist Berlin als ein selbständiges Besatzungs- und Verwaltungsgebiet gebildet worden. Die Behauptung der Sowjetzonenmachthaber, daß Berlin seinerzeit zur sowjetischen Besatzungszone geschlagen worden sei, wird durch den eindeutigen Wortlaut des Londoner Protokolls vom 12. September 1944 widerlegt. In jenem Protokoll ist unter Ziff. 2 das Gebiet der Ostzone genau begrenzt worden, und die Beschreibung endet mit den Worten: "Mit Ausnahme des Berliner Gebietes, für das ein besonderes Besetzungssystem nachfolgend vorgesehen ist." Hieraus ergibt sich eindeutig, daß Berlin niemals Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone gewesen ist und daß demzufolge die Machthaber der sowjetischen Besatzungszone keinerlei Befugnisse in Berlin besitzen.

Nach den genannten Abkommen sollte Berlin einheitlich verwaltet werden. Freier Verkehr innerhalb Berlins war selbstverständlicher Inhalt dieser Vereinbarungen.

2. Durch den Beschluß des sog[enannten] "Ministerrats der DDR" vom 12. August 1961, eine solche Kontrolle an den Grenzen der Zone einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin einzuführen, wie sie angeblich an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist, wird nunmehr Ostberlin von den Organen der Zone voll beansprucht. Das widerspricht der bisherigen Praxis, wonach Ostberlin eine gewisse Sonderstellung gegenüber der Zone hatte. Der Beschluß des Ministerrats kommt einer

Annexion eines Teils des unter Vier-Mächte-Verwaltung stehenden Gebiets von Berlin durch das Zonenregime gleich. Dieser Akt enthält zugleich eine Verletzung der Vier-Mächte-Abkommen durch die Sowjetunion, weil die Maßnahmen der Sowjetzonenregierung zurückgehen auf die Empfehlung sämtlicher Warschauer Paktstaaten, zu denen die Sowjetunion gehört.

3. Der freie Personenverkehr innerhalb Berlins resultiert aus den Vier-Mächte-Vereinbarungen, nach denen Berlin eine verwaltungsmäßige Einheit bildet. Der Grundsatz des freien Personenverkehrs innerhalb Berlins ist in den letzten 16 Jahren durch ständige Übung bestätigt worden. Selbst in der Zeit der sowjetischen Blockade Berlins (1948/49) ist er bestehen geblieben.

Das New Yorker Vier-Mächte-Kommuniqué vom 4. Mai 1949 über die Aufhebung der Blockade besagt über den Verkehr innerhalb Berlins nichts, weil seinerzeit dieser Verkehr keinen Beschränkungen unterworfen war. Der Außenministerrat der Vier Mächte, der vom 23. Mai bis zum 20. Juni 1949 in Paris tagte, hat jedoch allgemein eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse beschlossen. Es heißt in dem Beschluss der vier Außenminister: "Die Regierungen Frankreichs, der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten sind sich darin einig, dass das New Yorker Abkommen vom 4. Mai 1949 aufrechterhalten werden soll. Zur weiteren Förderung der obenerwähnten Ziele und zur Verbesserung und Ergänzung dieses und anderer Abkommen sowie der Vereinbarungen hinsichtlich des Güter- und Personenverkehrs und der Verbindungen zwischen der Ostzone und den Westzonen und zwischen den verschiedenen Zonen und Berlin, ferner in Bezug auf den Transitverkehr werden sich die Besatzungsbehörden, jede in ihrer Zone, dazu verpflichten, die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der normalen Funktion und Verwendung des Bahn-, Wasser- und Straßenverkehrs für den Personen- und Güterverkehr sowie der Post-, Telefon- und Telegraphenverbindungen zu ergreifen."

Die vom Innenminister der sogenannten "DDR" am 12. August [1961] erlassene Anweisung gestattet den Bewohnern des Ostsektors das Überschreiten der Sektorengrenze nur mit einer besonderen Genehmigung der zuständigen Polizeidienststelle. Über die Ausgabe der Genehmigung soll erst noch eine besondere Bekanntmachung erfolgen. Die Einführung dieser Genehmigungspflicht verstößt eindeutig gegen den Grundsatz des freien Personenverkehrs innerhalb Berlins.

4. Nach der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 soll jeder Mensch das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb seines Staates haben. Ferner soll jeder Mensch berechtigt sein, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Artikel 13). Diese Erklärung bildet eine internationale Richtschnur für das Verhalten der Regierungen. Durch die Förderung der Abschnürungsmaßnahmen zwischen dem sowjetisch besetzten Gebiet und Berlin hat die Sowjetunion als Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen

krass gegen die Deklaration der Vereinten Nationen verstoßen.

5. Ein Verstoß gegen den anerkannten Grundsatz des freien Personenverkehrs liegt ferner darin, dass der Beschluss des "Ministerrats" nur sogenannten "friedlichen Bürgern von West-Berlin" das Passieren der Übergangsstellen zum Ostsektor gestattet. Durch diese Vorschrift ist einer willkürlichen Verweigerung des Zutritts nach Ost-Berlin durch die östlichen Kontrollorgane Tür und Tor geöffnet.

Wie sieht nun auf dem Hintergrund dieser Dokumente des Unrechts die Wirklichkeit der Hauptstadt Deutschlands seit heute Nacht aus? Seit 2.00 Uhr morgens erreichten uns die ersten Meldungen über die Sperrung der Sektorengrenze für Bewohner des Ostsektors, ab 3.48 Uhr die ersten Funksprüche, daß die Sektorenübergänge durch Stacheldraht gesperrt werden. Zur gleichen Zeit liefen die ersten Meldungen über eine erhebliche Verstärkung der östlichen Kontrollorgane durch Volkspolizei, Angehörige der Nationalen Volksarmee und durch die sogenannten Kampfgruppen ein. Diese militärischen oder halb-militärischen Formationen sind mit Karabinern bzw. mit Maschinenpistolen bewaffnet. An verschiedenen Stellen der an die Sektorengrenze heranreichenden Straßen des Ostsektors wurden Panzerfahrzeuge beobachtet. An einigen besonders markanten Sektorübergängen wurde in den frühen Morgenstunden mit dem Einrammen von Betonpfählen entlang der Sektorengrenze begonnen, die inzwischen mit Stacheldrahtverhauen ausgefüllt worden sind. Der S-Bahnverkehr wurde heute morgen auf Grund der vorhin erwähnten Anordnungen der Zonenorgane so unterbrochen, daß ein unmittelbarer Übergang von West- nach Ostberlin oder von den Zonenrandgebieten nach Berlin unmöglich wurde. Am Bahnhof Friedrichstraße ist praktisch eine Menschenschleuse errichtet worden, durch die sowohl für den S-Bahnverkehr wie für den Interzonenverkehr dem Bürger des östlichen Teils unserer Stadt und den Bewohnern der sowjetisch besetzten Zone der Übergang nach West-Berlin unmöglich gemacht wurde. Eine Reihe von an den Sektoren liegenden S- und U-Bahnhöfen wurde geschlossen oder nur mit ihrem westlichen Zugang offengehalten. Außerdem wurden an verschiedenen Stellen Straßen, die die beiden Teile der Stadt verbanden, von Organen des Zonenregimes aufgerissen oder durch spanische Reiter gesperrt.

Das furchtbare Ergebnis dieser fast lückenlosen Sperre zwischen den beiden Teilen der Stadt und an den Zonenübergängen vom Osten nach Berlin ist der drastische Rückgang der Flüchtlingsziffern. Während von gestern Mittag um 12.00 Uhr bis heute früh um 10.00 Uhr 3190 Menschen um Aufnahme nachsuchten, meldeten sich dann bis 16.00 Uhr noch weitere 800 Flüchtlinge. Sie haben nach ihren eigenen Aussagen sich nur über Ruinengrundstücke, schwimmend durch Kanäle und Flüsse oder wenig übersichtliche Geländestreifen in den freien Teil der Stadt durchschlagen können.

Für West-Berliner und Westdeutsche ist auf Grund der unrechtmäßigen Verordnung vom 30. 9. vergangenen Jahres der Verkehr zwischen den beiden Teilen der Stadt im wesentlichen unbehindert gewesen. Eine Auswirkung der vorhin erwähnten Sortierung

zwischen friedliebenden und anderen in West-Berlin wohnenden Mitbürgern ist offensichtlich mangels der noch fehlenden Durchführungsverordnungen noch nicht spürbar gewesen. Der Interzonenverkehr auf der Straße, zu Wasser und in der Luft läuft nach den bisherigen Berichten normal. Jedoch wird auch die Ostschiffahrt vor Erreichen West-Berliner Gewässer in Nedlitz festgehalten. Die Interzonenzüge haben bisher planmäßig im Bahnhof Zoologischer Garten gehalten.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, auch diesen nüchternen und leidenschaftslos vorgetragenen Teil des Berichtes, der sich aus unzähligen Einzelmeldungen unserer Polizei- und Zollorgane zusammensetzt, mit dem einen Satz beschließen: Die kalten Betonpfähle, die unsere Stadt durchschneiden, sind mitten ins Herz der deutschen Einheit und in den lebendigen Organismus unserer einen Stadt Berlin gerammt worden.

Was können wir tun, was hat der Senat getan?

Der Senat ist heute früh zu einer Sondersitzung zusammengetreten. Er hat alle erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Wir haben uns unverzüglich mit den Herren Kommandanten unserer Schutzmächte in Verbindung gesetzt. Dabei habe ich <sie> darum ersucht, im Gebiete ihrer eigenen Verantwortung tätig zu werden und ihren Regierungen vorzuschlagen, daß energische Schritte gegenüber der Regierung der Sowjetunion unternommen werden. Die Westmächte müssen unserer Meinung nach darauf bestehen, daß die rechtswidrigen Maßnahmen rückgängig gemacht werden und die Freizügigkeit wiederhergestellt wird. Es kann nicht meine Aufgabe sein, den Entscheidungen der für unsere Sicherheit verantwortlichen Regierungen vorzugreifen. Aber ich spreche sicherlich im Sinne dieses Hohen Hauses und im Namen der gesamten Berliner Bevölkerung, wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, daß es mit bloßen Protesten nicht sein Bewenden haben sollte.

Die Maßnahmen des Zonenregimes richten sich in erster Linie gegen die Deutschen im sowjetischen Machtbereich. Aber soweit wir hier in West-Berlin davon betroffen sind, sind wir nicht weniger betroffen als die drei Westmächte. Ich begrüße die Anwesenheit der Herren Kommandanten bei der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ganz besonders, nicht nur, weil damit der Rechtsstatus und die Verantwortlichkeit in unserer Stadt unterstrichen wird, sondern weil damit dokumentiert wird, daß wir Freunde haben, die wissen, daß wir in einem Boot sitzen. Selbstverständlich hält der Senat die Bundesregierung unterrichtet. Ich habe unmittelbar vor dieser Sitzung noch mit dem Bundesminister des Auswärtigen gesprochen, der mir enges Zusammenwirken in dieser kritischen Situation zugesagt hat.

Es ist möglich, daß der Bundestag in den nächsten Tagen zusammentreten wird, um dem Willen der freigewählten deutschen Volksvertretung Ausdruck zu verleihen. An alle Landsleute in der Bundesrepublik möchte ich den Appell richten, Solidarität mit Berlin und mit den Landsleuten in der Zone zu üben. Jede Teilnahme an Veranstaltungen des Zonenregimes muss angesichts dieser Situation abgesagt werden.

Für den freien Teil unserer Stadt haben wir die Maßnahmen getroffen, die im Interesse der öffentlichen Ordnung erforderlich sind. Ich kann die Bevölkerung nur herzlich darum bitten, bei all der Empörung, die uns vereint, Besonnenheit zu zeigen und den Anweisungen der Polizei zu folgen. Unüberlegte Handlungen helfen nicht unserer Stadt und auch nicht den von uns abgetrennten Landsleuten.

Der Senat hat heute früh ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für die Grenzgänger die in Westberlin bestehenden Rechte gewahrt bleiben.

Diejenigen Berliner, die sich wegen ihres Urlaubs oder aus anderen Gründen in der Bundesrepublik oder im Ausland aufhalten, haben wir darauf hingewiesen, daß der Verkehr zwischen Westdeutschland und Westberlin von den neuen Maßnahmen der Zonenmachthaber nicht betroffen wird.

Es mag notwendig werden, daß wir – unter Umständen sehr schnell – unsere Bevölkerung rufen werden, um gemeinsam unserer Empörung gegen Unrecht und Unmenschlichkeit Ausdruck zu verleihen.

Zahlreiche Telegramme haben uns heute im Laufe des ganzen Tages erreicht. Ich nenne hier ein Telegramm des Vizepräsidenten und des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages:

“In diesem tragischen Augenblick, in dem die gewaltsame Zerreißung unseres Vaterlandes und unserer mehr denn je geliebten Hauptstadt Berlin abermals verschärft wird, drängt es uns, Ihnen als unserem Präsidenten und unserer Mitgliedstadt Berlin ein Wort der Verbundenheit zu sagen.”

Wir danken für dieses und andere Zeichen der Verbundenheit. Die Beschlüsse und Verordnungen des kommunistischen Regimes atmen den Geist der Lüge und des Unrechts. Sie werden gedeckt durch eine Erklärung der Regierungen der Warschauer Pakt-Staaten, die das Recht und die Wahrheit verhöhnen.

Ich weise es auf das schärfste zurück, daß West-Berlin als Zentrum angeblicher Wühlarbeit hingestellt wird. West-Berlin ist heute noch mehr als gestern die einzige normale Stadt hinter dem Eisernen Vorhang, und sie wird es bleiben. Diese Maßnahmen des Unrechts sind der schlagende Beweis dafür, daß nicht West-Berlin die Ursache ist, wenn die Welt heute erneut in Unruhe versetzt wird. Die Störenfriede sitzen jenseits des Brandenburger Tores. Für die Verschärfung der politischen Spannung sind allein die verantwortlich, die diese Beschlüsse und Verordnungen erlassen haben. Diese Verantwortlichkeit reicht bis Moskau. Sie gilt für alles, was sich daraus entwickeln mag.

Aber es geht hier und heute nicht nur um Paragraphen, es geht um Menschen. Ich möchte in dieser Stunde ein besonderes Wort an unsere Landsleute in der Zone und an unsere Mitbürger in Ostberlin richten. Sie sind am schwersten betroffen. Ich weiß, wie es jetzt in ihren Herzen aussieht. Ich weiß, daß sie hin- und hergerissen werden zwischen Empörung und Verzweiflung. Wer in aller Welt wollte heute nicht verstehen, daß die

ungeheure Menschenverachtung, die sich wieder einmal manifestiert hat, die Empörung rechtfertigt. Ich bitte Sie, mir zu glauben, daß es mir ungeheuer schwer fällt, diesen Satz zu sagen: Lassen Sie sich nicht fortreißen, so stark und berechtigt die Erbitterung auch sein mag. Ergeben Sie sich nicht der Verzweiflung. Noch ist nicht aller Tage Abend. Die Mächte der Finsternis werden nicht siegen. Noch niemals konnten Menschen auf die Dauer in der Sklaverei gehalten werden. Wir hier im freien Teil dieser Stadt – und ich bin tief überzeugt – die Menschen in Westdeutschland, wir alle werden Sie nicht abschreiben, wir werden uns niemals mit der brutalen Spaltung dieser Stadt, mit der widernatürlichen Spaltung unseres Landes abfinden. Und wenn die Welt voll Teufel wär'!

Ich habe schon angedeutet, daß diese Maßnahmen des kommunistischen Regimes sich unmittelbar gegen unsere Landsleute in der Zone und in Ostberlin richten. Aber auch auf uns und unser Verhalten in West-Berlin kommt es in diesen Stunden an. Wir haben zu unserem Teil zu beweisen, daß West-Berlin wie bisher ein Hort des Friedens und der Besonnenheit ist. Jeder einzelne trägt seinen Teil der Verantwortung. Das wird uns nicht davon abhalten, leidenschaftlich Anklage gegen die brutale Zerreißen dieser Stadt zu erheben, gegen einen Akt, der Recht und Gerechtigkeit Hohn spricht.

In Wahrheit hat das kommunistische Regime in den letzten 48 Stunden das Eingeständnis dafür geliefert, daß es selbst Schuld ist für die Flucht von Deutschen nach Deutschland. Eine Clique, die sich Regierung nennt, muss versuchen, ihre eigene Bevölkerung einzusperrern. Die Betonpfeiler, der Stacheldraht, die Todesstreifen, die Wachtürme und die Maschinenpistolen, das sind die Kennzeichen eines Konzentrationslagers.

Es wird keinen Bestand haben. Wir werden in Zukunft noch sehr viel mehr Menschen als früher nach Berlin bringen, aus allen Teilen der Welt, damit sie die kalte, die nackte, die brutale Wirklichkeit eines Systems sehen können, das den Menschen das Paradies auf Erden versprochen hat.

Unseren Landsleuten in der Bundesrepublik aber müssen wir von Berlin aus sagen, daß seit heute die eigentliche Bewährungsprobe für unser Volk begonnen hat. Hier kann niemand gleichgültig bleiben. Das geht uns alle an. Wir alle müssen jetzt zusammenstehen, hier in Berlin und in West-Deutschland. Nur darin kann die sinnvolle Antwort auf diesen Anschlag liegen.

Wir wollen ein Volk bleiben. Wir werden von unserem Recht auf Selbstbestimmung nicht ablassen. Damit dienen wir auch dem Frieden der Welt.